



POSITIONEN

06 | 2007
Wolfgang Schäuble

Streit und
Zusammenhalt
ZUM ZUSTAND VON
DEMOKRATIE UND GEMEIN-
WESEN IN DEUTSCHLAND

ISBN 978-3-939826-79-8

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

**Rede von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble
beim „Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung am
13. September 2007 in Berlin**

INHALT

5 | EINLEITUNG

7 | STREIT UND ZUSAMMENHALT –
ZUM ZUSTAND VON DEMOKRATIE UND
GEMEINWESEN IN DEUTSCHLAND
Wolfgang Schäuble

21 | DER AUTOR

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

*Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-79-8

EINLEITUNG

„Auftrag: Demokratie!“ – so lautete das Motto des Tags der Konrad-Adenauer-Stiftung 2007, in dessen Rahmen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble am 13. September 2007 eine Grundsatzrede über grundlegende Entwicklungen in unserer Demokratie hielt.

Nicht nur Tendenzen zu einer abnehmenden Demokratiezufriedenheit, wie Meinungsumfragen sie immer wieder dokumentieren, sondern auch zunehmende Gefährdungen neuer Art, insbesondere durch internationalen Terrorismus, geben Anlass, den Zustand unseres Gemeinwesens zu überprüfen.

Ist der innere Zusammenhalt stark genug, um Gefahren abwehren und Krisen überstehen zu können? Sind die staatlichen Institutionen gewappnet, um Angriffe auf demokratische Strukturen abwehren zu können? Was kann getan werden, um das demokratische Engagement der Bürger mit neuem Leben zu erfüllen?

Insbesondere die letzte Frage formuliert zentrale Herausforderungen an die politischen Stiftungen. Ihnen kommt angesichts dieser Entwicklungen die besondere Aufgabe zu, mit ihren Möglichkeiten vor allem in der politischen Bildung Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die deutsche Demokratie nicht an einem Mangel an Demokraten ernsthaft erkrankt.

STREIT UND ZUSAMMENHALT

ZUM ZUSTAND VON DEMOKRATIE UND GEMEINWESEN
IN DEUTSCHLAND

Wolfgang Schäuble

ERFOLGSMODELL UNTER BEWÄHRUNGSZWANG

Wenn man bei uns von „grundlegenden Entwicklungen“ und „Herausforderungen“ spricht, denken die meisten gleich an Probleme und Schwierigkeiten. Wir haben uns angewöhnt, den Blick zuerst auf Mängel und Risiken zu richten. Dabei funktioniert doch vieles in unserem komplexen und hochentwickelten Gemeinwesen ausnehmend gut, ja geradezu vorbildlich.

Trotz aller Probleme ist Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern und schon gar zu früheren Zeiten ein wohlhabendes und sicheres Land. Wir leben in Freiheit und Einheit, als Teil der europäischen Völkerfamilie, geschätzt als Partner in der ganzen Welt. Wer hätte 1949 für wahrscheinlich oder auch nur für möglich gehalten, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zu dem Gemeinwesen entwickeln würde, das sie heute ist.

Aber so wenig das Erreichte als selbstverständlich angesehen werden sollte, so wenig dürfen wir auch die Augen schließen vor Fehlentwicklungen.

Steigendes Wirtschaftswachstum, abnehmende Arbeitslosigkeit und schrumpfende Haushaltsdefizite des Bundes dürfen darüber nicht hinwegtäuschen. Die Regierung hat natürlich guten Grund, stolz auf das zu sein, was sie in zwei Jahren erreicht oder auch verhindert hat. Das ist schon eine ganze Menge. Aber wir müssen wachsam bleiben.

Unsere Gesellschaft geht durch eine Zeit des Umbruchs, der viele Menschen besorgt macht. Veränderungen der globalen Verhältnisse und der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit erzwingen ständige und schnelle Anpassungsprozesse, lösen Ängste aus. Das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen sinkt, ebenso die Bereitschaft, sich in einer Partei für die Demokratie zu engagieren.

Immer weniger Menschen machen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Zuletzt waren es beispielsweise bei der Wahl zum Landtag von Sachsen-Anhalt weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten.

Immer mehr Menschen trauen laut Umfragen keiner politischen Kraft die Lösung ihrer Probleme zu. Also könnte sich aus *Politikerverdrossenheit* *Politikverdrossenheit* und aus *Politikverdrossenheit* *Demokratieverdrossenheit* entwickeln. Offenbar können auch viele Bürgerinnen und Bürger nur mehr wenig nachvollziehen, wie und warum politische Entscheidungen getroffen werden, welchen Einfluss sie als Souverän darauf nehmen können.

Nun wäre es leicht, solche Entwicklungen als „normale Verschleißerscheinungen“ in einer gereiften Demokratie abzutun. Gereifte Demokratien zeichnen sich übrigens auch im internationalen Vergleich regelmäßig nicht durch besonders hohe Wahlbeteiligungen aus. Will heißen: Man muss auch in den Sorgen möglicherweise vor Übertreibungen warnen.

Manches lässt sich gewiss auch mit Nachwehen der jahrzehntelangen Teilung unseres Vaterlandes erklären und vieles gewiss mit zunehmender Individualisierung in unserer Gesellschaft und der industrialisierten Welt. Auch die so erfolgreiche europäische Integration trägt ein ganzes Stück zur Komplizierung politischer Prozesse bei und macht sie noch undurchsichtiger und weniger nachvollziehbar. Zumal es uns ja weder im europäischen noch im deutschen Föderalismus wirklich gelingt, zu mehr Transparenz durch eine klare Abgrenzung von Zuständigkeiten zu kommen. Und bevor wir die Europäer kritisieren, sollten wir uns einmal unsere

Föderalismusreform I, II – wahrscheinlich III, IV und V in den nächsten Jahrzehnten – ansehen. Das ist nicht so einfach.

Auch die Berichterstattung vieler Medien kommt einem manchmal so vor, als gehe es weniger darum, Hintergründe zu vermitteln, als vielmehr mit aufregenden Bildern und Schlagzeilen im härter werdenden Wettbewerb um Aufmerksamkeit und Marktanteile zu bestehen.

Im Übrigen machen andere Institutionen ähnliche Erfahrungen mit nachlassendem Engagement. Die Kirchen, Gewerkschaften, viele Sport- oder kulturellen Vereine klagen über sinkende Mitgliederzahlen und abnehmende Bereitschaft zu langfristiger Übernahme ehrenamtlicher Verantwortung.

Mag sein, dass das alles selbst Bestandteil der gesellschaftlichen Veränderungen ist, in denen sich Menschen heute neue Formen für Engagement und Kommunikation suchen. Vielleicht ist es auch das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen, das, wenn man es aus der Ökonomie auf die Gesellschaft überträgt, doch wohl bedeutet, dass an subjektiver Wertschätzung verliert, was man selbstverständlich zu besitzen glaubt: saubere Luft, Wasser, Gesundheit – bis hin zum aktiven oder passiven Wahlrecht.

So lange man ein Gut nicht hat, etwa frei wählen zu dürfen, ist es das höchste, wie man auch in der Geschichte der deutschen Teilung sehen kann. Kaum hat man es eine zeitlang, heißt es: Die Politiker sind es ja kaum wert, dass man noch wählen geht. Und man bestraft die Politiker durch Enthaltung. Man bestraft sich jedoch wahrscheinlich eher selbst.

Man könnte diesen Prozess auch als neue Normalität verstehen oder als Ausdruck der Tatsache, dass die Bürger die gegebenen Verhältnisse gar nicht als grundsätzlich bedrohlich ansehen, sondern eher als hinreichend stabil, jedenfalls als so stabil, dass man sich nicht wirklich beunruhigen muss. Denn wenn man sich richtig beunruhigen würde, käme man ja auf die Idee, dass man sich vielleicht doch darum kümmern müsste.

Aber Demokratie und freiheitliche Verfassung dürfen keine Schönwetterveranstaltung sein, sondern müssen sich notfalls auch in Krisenzeiten bewähren. Deswegen ist und bleibt unser demokratisches Gemeinwesen angewiesen auf die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern am poli-

tischen Prozess. In dem Maße, in dem unsere Demokratie ideologisch herausgefordert wird, werden die Voraussetzungen unserer freiheitlichen und demokratischen Verfassung deutlich, Voraussetzungen, ohne die sich kein demokratisches Gemeinwesen auf Dauer halten kann. Was uns und vielen anderen heute so selbstverständlich erscheint, ist in Wahrheit ein Erfolgsmodell unter Bewährungszwang.

EXTREMISMUS – EINE EWIGE HERAUSFORDERUNG DER DEMOKRATIE

Sowenig das Ende des Blockgegensatzes zwischen Ost und West das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) mit sich brachte, sowenig leben wir heute – wie der amerikanische Publizist Thomas Friedman meint – in einer „flachen Welt“ des nur mehr ökonomischen Wettbewerbs. Die offene Gesellschaft, wie sie im freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat institutionelle Form gefunden hat, sieht sich alten und neuen ideologischen Wettbewerbern gegenüber.

Nicht nur China fordert mit seiner Kombination von schrankenlos liberalisierter Wirtschaft und autoritärem Herrschaftssystem das Modell unserer rechtsstaatlichen Marktdemokratie heraus. Zahlreiche Staaten behalten unbeeindruckt von den Demokratisierungswellen des 20. Jahrhunderts autoritäre Regierungssysteme bei oder schränken einst erkämpfte Errungenschaften schon wieder ein. Und andere Staaten werden von privaten Gewaltakteuren geradezu aus ihrer Ordnungsfunktion verdrängt.

Es gibt also keinen Anlass, von einem Automatismus der Entwicklung hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auszugehen. Und wer das 20. Jahrhundert mit dem britischen Historiker Eric Hobsbawm als das Jahrhundert der Extreme begreift, der sollte eben nicht der Täuschung erliegen, weder vorher noch nachher habe es Extremismus und Totalitarismus gegeben. Historisch betrachtet ist unser demokratischer Verfassungsstaat eher die Ausnahme denn die Regel. Und die politische Philosophie kennt ja auch seit jeher zahlreiche verschiedene Herrschaftsformen.

Auch da die letzten Jahre die Skepsis befördert haben, ob unser westliches Verständnis vom freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat gewissermaßen voraussetzungslos eins zu eins auf andere Gesellschaften und Kulturen übertragen werden kann, lohnt es sich, einen Blick auf die geschichtlichen Erfahrungen zu werfen.

Die freiheitliche Demokratie, wie wir sie heute leben, entspräche wohl am ehesten der *Politie* als einem der sechs von Aristoteles beschriebenen Verfassungstypen. Sie ist nach Aristoteles die beste aller Verfassungen, denn im Idealfall ist sie eine Herrschaft der Vielen zum Wohl der Allgemeinheit, gestützt auf eine Bürgerschaft, die sich durch politische Partizipation definiert und somit – abwechselnd – selbst regiert.

Welches Schicksal die erste deutsche Demokratie ereilte, ist bekannt. Leicht, zu leicht gelang es den Nationalsozialisten, sich demokratischer Verfahrensweisen zu bedienen, um Institutionen gleich- oder auszuschalten. Der Weg nach Auschwitz führte auch über dieses Versagen der Weimarer Demokratie.

Es war das Wissen darum und das persönliche Erleben dieses Versagens, das einzelne Persönlichkeiten in großer Not an den Grundzügen einer wehrhaften demokratischen Verfassung arbeiten ließ. Die Neubegründung des demokratischen Deutschland erfolgte bewusst im Geiste eines nicht prozeduralen, sondern materiellen und wehrhaften Demokratieverständnisses.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hatten aus der Weimarer Erfahrung gelernt, dass Demokratie eines normativen Inhalts und auch wirksamer Vorkehrungen zum Schutz bedarf. Ihr Ansinnen war es deshalb, mit dem Grundgesetz eine vor gewaltsamen und legalistischen Angriffen geschützte demokratische Ordnung zu schaffen. Sie sollte ihren Gegnern nicht erlauben, mit den Mitteln der Demokratie deren Aushöhlung und Abschaffung zu betreiben. Die Wehrhaftigkeit des Grundgesetzes ist deshalb an mehr als nur einzelnen Normen abzulesen. Sie ist ein Staatsorgane und Bürger bindender Verfassungsgrundsatz.

Wichtigster, weil grundlegender Ausdruck dieses Verfassungsgrundsatzes ist die Wertgebundenheit des Grundgesetzes nach Artikel 20. Selbst dem mit verfassungsändernder Mehrheit handelnden Gesetzgeber – dem *pouvoir constitué* – bleibt es nach Artikel 79 Absatz 3 GG verwehrt, etwa an der Rechtsstaatlichkeit zu rütteln. Gegnern der demokratischen Verfassung soll die Möglichkeit genommen werden, auf legalem Weg die Demokratie in ihr Gegenteil zu verkehren.

Damals wie heute war und ist diese scheinbar paradoxe Selbstbeschränkung der freiheitlichen Demokratie nicht unumstritten. Die meisten ande-

ren westlichen Verfassungsstaaten kennen sie in dieser Form nicht. Aber sie haben eben auch nicht die Erfahrung des Scheiterns von Weimar mit allen seinen Folgen gemacht.

In der Auseinandersetzung mit wieder aufkeimenden Extremismen zeigte sich schnell die Notwendigkeit des Schutzes grundlegender Verfassungselemente. Im Verbotsverfahren gegen die Sozialistische Reichspartei im Jahre 1952 prägte das Bundesverfassungsgericht den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und konkretisierte die mit ihr geschützten Ordnungsprinzipien: Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienherrschaft und Chancengleichheit der Parteien.

Diese Prinzipien sind nicht nur rechtlich gegen Manipulationen geschützt. Das Grundgesetz erteilt zugleich den Auftrag, Bestrebungen gegen die freiheitliche Demokratie abzuwehren, und stellt rechtliche Grundlagen – etwa für ein Verbot extremistischer Vereine oder Parteien – zu diesem Zweck bereit. Erst die Verknüpfung von Wertgebundenheit und Abwehrbereitschaft begründet die „Wehrhaftigkeit“ unserer Demokratie. Dass die demokratischen Institutionen dabei Extremisten bereits im legalistischen Vorfeld entgegentreten, ist so konsequent wie notwendig angesichts der Freiräume, welche die offene Gesellschaft ihren Feinden lassen muss, wenn sie nicht selbst autokratische Züge annehmen will.

Die Berechtigung all dieser Prinzipien und Vorgehensweisen wird leider in besorgniserregender Stetigkeit unter Beweis gestellt. Die Berichte der Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern sind keine Pflichtübung, sondern Ausdruck einer nicht endenden Herausforderung unserer Demokratie durch Extremismus und politische Gewalt.

Auch wenn es mehr als sechzig Jahren nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur kaum begreiflich scheint: Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen nehmen in Deutschland leider zu, nicht ab. Fremdenfeindliche Einstellungen und Übergriffe, Skinhead-Konzerte, Demonstrationen und eine auf junge Menschen ausgerichtete und für sie oft auch attraktive rechtsextremistische Szene sind leider dabei, Teil der gesellschaftlichen Realität zu werden. Durch Freizeitangebote für Jugendliche, Hausaufgabenbetreuung für Schüler oder auch Hilfestellung bei der Lehrstellensuche dringen Rechtsextremisten mehr und mehr in

die Gesellschaft vor. Die NPD etwa kann für sich eine steigende Zahl an Mitgliedern verbuchen. Ebenso nimmt die Zahl der Straftaten von Rechts-extremisten weiter zu, vor allem Propagandadelikte.

Auch im Bereich des Linksextremismus wurde enttäuscht, wer nach dem Scheitern der sozialistischen Diktatur auf ein Ende antidemokratischer Bestrebungen hoffte. Die brutalen Ausschreitungen gegen die Tagung der G8-Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm haben allen vor Augen geführt, dass sich die linksextremistisch-autonome Szene radikalisiert.

Die Zahl der Straftaten, die von diesem Personenkreis ausgeht, ist geringer als die im rechtsextremistischen Bereich. Aber: Die Zahl der Sachbeschädigungen, die von Linksextremisten ausgehen, steigt weiter an. Und es mehren sich die Anzeichen, dass sich auch im linksextremistisch-autonomen Milieu verstärkt Menschen sammeln, die bereit sind, Gewalt gegen Mitmenschen einzusetzen. Der Protest gegen eine als ungerecht empfundene Globalisierung – durchaus legitim, wenn er mit demokratischen Mitteln erfolgt – dient dabei als Feigenblatt für ein mit Demokratie und Menschenrechten keineswegs vereinbares Tun.

Auch im Protest zeigt sich, dass Mäßigung Voraussetzung bleibt, wenn Selbstzerstörung durch Übertreibung vermieden werden soll. Die Geschichte der RAF, die derzeit wieder Konjunktur hat, liefert auch dafür viel Anschauungsunterricht.

Die größte Bedrohung für die freiheitliche Demokratie geht derzeit vom islamistischen Terrorismus aus. Die versuchten Kofferbombenanschläge vor etwas mehr als einem Jahr und mehr noch die jüngst bekannt gewordenen Anschlagsvorbereitungen haben deutlich gemacht, dass Gewalt im Namen eines falsch verstandenen Islam Deutschland ebenso betrifft wie unsere europäischen und westlichen Nachbarn und Verbündeten.

Mit Sorge stellen die Sicherheitsbehörden fest, dass Deutschland längst nicht mehr Rückzugs-, sondern Operations- und Zielgebiet ist. So war ein im März diesen Jahres veröffentlichtes Drohvideo dezidiert gegen unser Land gerichtet, eine beunruhigende Botschaft an Staat und Gesellschaft, die wir gelassen, aber auch entschlossen zur Kenntnis nehmen sollten. Der hinterhältige Anschlag auf Polizisten, die in Afghanistan die deutsche Botschaft und damit unsere Bemühungen um Frieden, Freiheit und Demokratie schützen, kann uns auch nur darin bestätigen.

Um ihre fundamentalistische, rückwärtsgewandte Vision zu verwirklichen, instrumentalisieren Islamisten die fortschrittlichsten Technologien. Was mit radikalen Videokassetten und Satellitentelefonen in Afghanistan begann, hat sich längst zu einem weltumspannenden virtuellen Raum entwickelt. Hier sammeln und bündeln radikale Islamisten ihre Ressourcen weitgehend ungehindert und unkontrolliert. So ist das Internet heute so etwas wie eine universelle Plattform des „Heiligen Krieges“ gegen die westliche Welt: Es ist Kommunikationsmedium, Werbeträger, Fernuniversität, Trainingscamp und Think Tank zugleich. Auf diesem Wege radikalisierten sich auch die Terroristen, die in diesem und im letzten Jahr bei uns Züge, Flugplätze und was immer noch in die Luft sprengen wollten. Sie tauschten sich über Anschlagziele aus und beschafften sich die Mittel, um ihre Pläne in die Tat umzusetzen.

Die Verlagerung solcher Aktivitäten ins Internet erschwert den Kampf gegen islamistischen Terror, aber auch zunehmend gegen Rechtsextremisten und Linksextremisten, in doppelter Weise. Zum einen wird es schwerer für die Sicherheitsbehörden, rechtzeitig Erkenntnisse zu gewinnen und Beweise zu sichern. Zum anderen hat die Verlagerung ins Internet eine noch tiefer gehende gesellschaftliche Implikation: Je mehr es Extremisten gelingt, Menschen in diesem virtuellen Raum zu prägen, desto stärker entwickelt sich eine gewissermaßen exterritoriale, aber zugleich eben höchst reale und höchst gewaltbereite Gegenbewegung zu den westlichen Demokratien.

Menschen, die eigentlich aus unserer Mitte kommen und in ihr leben, bilden eine extremistische Gegenidentität aus, die sich gleichsam auf Knopfdruck radikalieren kann. Ab einem gewissen Zeitpunkt scheint eine solche Persönlichkeitsentwicklung sogar fast unumkehrbar zu sein. Die von realen Menschen programmierte virtuelle Welt gewinnt auf geradezu unheimliche Art und Weise Macht über Menschen in unserer Mitte.

Wo dies geschieht, entsteht aus der Informationsrevolution, aus der Offenheit des virtuellen Raums eine konkrete Gefahr für die offene Gesellschaft und für ihre Verfassung als freiheitliche Demokratie. Und wo die Anonymität des Internets Handeln nicht folgen-, aber straflos sein lässt, tritt Willkür an die Stelle von Verantwortlichkeit, tritt Anarchie an die Stelle eines ethisch begründeten und rechtlich sanktionierten Miteinanders.

BÜRGERLICHE TUGEND ALS VORAUSSETZUNG DES DEMOKRATISCHEN VERFASSUNGSSTAATES

Deshalb muss die offene Gesellschaft lernen, mit den Verheißungen und den Versuchungen der Informationsrevolution verantwortlich umzugehen, sonst gerät die Balance von Freiheit und Begrenzung des Individuums, von Freiheit und Sicherheit der Bürger aus dem Gleichgewicht.

Der freiheitliche demokratische Verfassungsstaat lebt eben vom verantwortlichen Handeln der ihn tragenden Bürger. Eine Demokratie ohne Demokraten gibt es nicht.

Auch das wusste übrigens schon Aristoteles. So faszinierend wie seine Typologie der Verfassungen sind seine Überlegungen zum Entstehen und Vergehen politischer Herrschaftsordnungen. Die Voraussetzung für die Erhaltung der *Politie* lagen Aristoteles besonders am Herzen. Zentrale Bedeutung hat für ihn die Orientierung politischer Entscheidungen an der Mitte und an der Vermittlung bürgerlicher Tugenden: die Orientierung an der Mitte, weil es am wenigstens Umstürze und Reibereien zwischen den Bürgern gäbe, wo die Mitte stark genug gegenüber den Rändern sei; die Vermittlung bürgerlicher Tugenden, weil die Bürger so besser in der Lage seien, ihr *telos*, also ihre Bestimmung und ihre Rolle im Gemeinwesen zu erkennen.

Das provoziert heute manchmal die eher platte Kommentierung, die politischen Parteien tummeln sich alle nur noch profillos in der Mitte. Ich halte dagegen, dass es gar nicht so schlecht ist, wenn wir den politischen Wettbewerb eher um die Mitte als um die extremen Ränder führen, weil das eine mäßigende und damit stabilisierende Kraft und Wirkung für unsere demokratische rechtsstaatliche Freiheitsordnung hat.

Nun leben wir nicht in einer antiken Polis und gewiss nicht in einem autoritären Tugendstaat. Der Rat, die Bürger zur Teilhabe an der Republik zu erziehen, ist ebenso bedenkenswert wie manchmal problematisch. Er ist bedenkenswert, weil es ohne gemeinsame Vorstellung keinen demokratischen Konsens, keinen Zusammenhalt gibt. Und problematisch deshalb, weil politische Konsensbildung den Bürger natürlich auch nicht entmündigen und als Gesellschaftslenkung zur Erstarrung der Demokratie führen darf.

Also lebt die lebendige und wehrhafte Demokratie von beidem: vom Streit und vom Zusammenhalt. Eine Gesellschaft ohne Streit erstarbt. Nur im Streit kann sich der Prozess des Ausgleichs von Interessen, des *trial and error* von Politik vollziehen. Eine Gesellschaft ohne Zusammenhalt läuft Gefahr, auseinander zu brechen. Ohne ein Mindestmaß an gemeinsamen Werten, an Übereinstimmungen über Freiräume und Grenzen der Einzelnen und die Spielregeln des Miteinanders in Staat und Gesellschaft, können Menschen nicht in Eintracht leben.

Auf Dauer sind Streit und Zusammenhalt nur dort möglich, wo selbstbewusste Bürger sich als Teil der *res publica* begreifen und sich – in verschiedenster Weise – in den demokratischen Prozess mit einbringen. Wer also Streit und Zusammenhalt dauerhaft ermöglichen will, muss sich Gedanken darüber machen, wie die unsere Gesellschaft tragenden und in unserer Rechtsordnung zum Ausdruck kommenden Werte im Sinne politischer Teilhabe vermittelt werden können.

Und damit sind wir bei der Arbeit der politischen Stiftungen, die hier eine wichtige Rolle spielt, weil sie eben Menschen anspricht, ansprechen will, die bereit sind, für diese Gesellschaft einzustehen. Natürlich muss es dabei auch gelingen, möglichst viele von denen zu interessieren, die noch nicht genug über unsere Ordnung und ihre Teilhabemöglichkeiten wissen. Schulen und Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht alleine darauf konzentrieren, Fertigkeiten zu vermitteln, die benötigt werden, um im ökonomischen Wettbewerb zu bestehen.

In dem Maße, in dem die demokratische Gesellschaft ideologisch herausgefordert wird, ist es Aufgabe von Erziehung und Bildung, auch all die Werte und Fähigkeiten zu vermitteln, die den Einzelnen in die Lage versetzen, am demokratischen Prozess teilzunehmen. In einer Welt des grenzenlosen und eben auch politischen und keineswegs nur ökonomischen Wettbewerbs kommt es – mit Hannah Arendt gesprochen – mehr denn je darauf an, den Bürgern einer freiheitlichen Gesellschaft nicht nur die Fertigkeit des „Herstellens“, sondern auch die Fähigkeit zum politischen „Handeln“ zu vermitteln.

Natürlich ist auch das Herstellen von Relevanz für die Tragkraft der freiheitlichen Ordnung. Aristoteles beschreibt eine breite Mittelschicht als sozioökonomische Voraussetzung des Erhalts einer *Politie*. Also müssen auch wir unsere soziale Marktwirtschaft weiter so reformieren, dass die-

jenigen, die im globalen Wissenswettbewerb nicht bestehen, einen Würde und Teilhabe ermöglichenden Arbeitsplatz finden.

Wohlstand führt aber nicht automatisch zur Ausprägung einer demokratischen Bürgerrepublik. Politisch handeln kann am Ende nur, wer politisch gebildet und in der Lage ist, Politik mit all ihren auch negativen Facetten gelassen einzuschätzen. Nur wer Positionen abzuwägen und einzunehmen vermag, ist in der Lage, pragmatisch und überzeugend für Ideale einzutreten – im Streit mit Anderen, aber eben auch im Zusammenhalt.

Wem diese Kompetenz fehlt, wer nicht zumindest mit den Grundzügen demokratischer Ordnung und Verfahrensweisen vertraut ist, der ist viel eher anfällig für die Agitation extremistischer Propagandisten. Auf die Wahrnehmung staatlichen Handelns kommt es an, zumal wenn junge Menschen zwischen dem Akzeptieren gesellschaftlicher Verhaltenserwartungen und dem Aufbegehren gegen eine als „ungerecht“, „unvölkisch“ oder „gottlos“ diffamierte Ordnung schwanken.

Um solchen Diffamierungen – und den inhumanen Utopien, auf denen sie beruhen – entgegenzutreten, müssen wir die ethischen, historischen und kulturellen Fundamente unserer europäischen Gesellschaftsordnung besser vermitteln – das christliche Erbe ebenso wie den schwierigen Weg zu einem gedeihlichen Miteinander der europäischen Völkerfamilie. Mit der individuellen Anerkennung unserer Werte und Normen steht und fällt die Stabilität der von ihnen getragenen Ordnung. Politisches Urteilsvermögen, politisches Engagement der Bürger sind der Lebensnerv freiheitlicher Demokratie.

BILDUNG UND DIALOG – LEBENSELIXIER DER DEMOKRATIE

Wie aber kann und soll ein Staat, der kein Tugendstaat sein will, geschweige denn sein darf, wie kann er freie und mündige Bürger so bilden, dass sie den demokratischen *comment* verstehen, bejahen und befolgen, dass sie aus Überzeugung Verantwortung übernehmen für unsere Demokratie?

Vielleicht können wir aus der Vergangenheit lernen. Natürlich aus den Schrecken des Nationalsozialismus, aber eben auch aus den positiven Erfahrungen unserer inzwischen gereiften Demokratie, aus der Bewährung gegenüber dem Linksterrorismus, aus der friedlichen Überwindung

der SED-Diktatur. Das Eintreten von Hunderttausenden für Demokratie und Rechtsstaat in ganz Deutschland sollte stärker ins Bewusstsein rücken.

Der so erfreulich erfolgreiche Film „Das Leben der Anderen“ hat vielen, die sich bisher weniger mit dem SED-Staat auseinandergesetzt hatten, vor Augen geführt, welchen Mut es erforderte, gegen die Diktatur aufzustehen. Viele Jugendliche, nicht nur in den neuen Ländern, wollen und sollen mehr erfahren über den schwierigen Weg zur Demokratie.

Bürgerliche Tugend zu fördern bedeutet, die Menschen zu selbstbewussten Demokraten auszubilden. Wir müssen deutlicher vermitteln, was Demokratie von Extremismus unterscheidet, und was die Demokratie – bei all ihren Schwächen – zur besten, weil noch am ehesten gerechten unter allen politischen Ordnungen macht. Pluralismus statt Monismus, Rechtsstaat statt Willkürstaat, Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung, Gemeinwohlorientierung und Interessenausgleich statt Durchsetzung von Partikularinteressen. Demokratie kann dabei nur im Streit und im Zusammenhalt lebendig und wehrhaft sein – eine Lektion, die es immer wieder zu lernen gilt.

Dafür müssen wir dann auch zeitgemäße Wege gehen – in der realen wie in der virtuellen Welt. Wir dürfen zwar einerseits nicht zulassen, dass die Errungenschaften der Informationsrevolution missbraucht werden und die offene Gesellschaft Anonymität und Anarchie im virtuellen Raum zum Opfer fällt. Aber wir müssen andererseits natürlich auch die Möglichkeiten der Informationsrevolution besser zu nutzen lernen, um dem Sog des Extremismus im Internet mit demokratischen Idealen entgegenzutreten.

Es muss gelingen, auch diejenigen, die bisher wenig oder kaum mit politischer Bildung und politischem Dialog in Berührung kommen, in den demokratischen Prozess einzubinden. Wenn politische Teilhabe der Lebensnerv unserer Ordnung ist, dann sind eben Bildung und Dialog das Lebenselixier unserer Demokratie.

Politische Bildung und Dialog bedürfen einer Grundlage, ohne die das Interesse für und die Fähigkeit zu politischer Teilhabe nicht vermittelt werden kann. Dieser Lernprozess ist nicht zeitlich etwa auf Schule und Lehrjahre beschränkt. Er ist, wie der demokratische Prozess selbst, eine

ständige Aufgabe, so lange eben Bürger sich in einem demokratischen Gemeinwesen organisieren. Neben den Schulen sind vor allem die Institutionen der politischen Bildung gefordert, sich der Vermittlung demokratischer Werte und Verfahrensweisen und der Befähigung zur Teilhabe an der Demokratie in der jeweils zeitgemäßen Weise anzunehmen.

Einige Institutionen, vor allem unter den politischen Stiftungen, haben diese Herausforderungen erkannt. Sie tragen mit neuen Formaten Bildung und Dialog an Interessierte heran. Es ist richtig und wichtig, wenn die Stiftungen ihr Angebot für neue Zielgruppen öffnen und ausdifferenzieren.

Mehr noch als bisher muss es gelingen, auch mit Zuwanderern in Dialog zu treten, ihnen Möglichkeiten zur Teilhabe aufzuzeigen und sie für unsere freiheitliche Ordnung zu begeistern. Dem interkulturellen Dialog kommt dabei schon deshalb große Bedeutung zu, weil Rechtsextremisten und Islamisten weiter alles daran setzen werden, Konflikte zwischen Menschen verschiedener Herkunft, Kultur und Religion zu schüren und so unsere freiheitliche Demokratie zu unterminieren.

Wir dürfen deshalb bei aller Fokussierung auf aktuelle Themen nicht darin nachlassen, die Grundlagen unserer Ordnung bewusst zu machen. Politisches Urteilsvermögen und Engagement können sich am Ende nur entwickeln, wenn eben nicht nur Fakten, sondern auch ethisch begründete Maßstäbe vermittelt werden.

Genau da sind die politischen Stiftungen gefordert, in der Auseinandersetzung mit drängenden Fragen Bürgerinnen und Bürgern Orientierung zu geben, gerade auch in der pluralistischen Vielfalt, auch in der Konkurrenz. Auch da gibt es Streit und Zusammenhalt. Dies gilt besonders dort, wo sich – als Hinterlassenschaft der sozialistischen Diktatur und der Folgen wirtschaftlicher Schwierigkeiten – noch nicht im wünschenswerten Maße bürgerliches Leben und demokratische Kultur entwickelt haben, vielleicht auch noch nicht entwickeln konnten.

So wenig sich die politischen Stiftungen aus der Fläche verabschieden sollten, so unübersehbar ist die Aufgabe, den virtuellen politischen Raum mit zu gestalten. Besonders zur Ansprache bisher wenig erreichter Zielgruppen können Angebote in neuen Medien nützlich sein. Sie können auch dazu beitragen, dass Jugendliche die Pluralität politischer Orientie-

rungen und Auffassungen in der Demokratie kennen und schätzen lernen. Und sie können es Institutionen erleichtern, in Dialog mit Angehörigen verschiedener Zielgruppen zu treten, vor allem solchen, in denen vielleicht eher noch eine gewisse Skepsis oder auch Unwissenheit vorherrschen.

Natürlich kann politische Bildung nicht allein negative Entwicklungen in unserem Gemeinwesen korrigieren. Sie kann auch nicht allein der Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie entgegensteuern und die Menschen gegen extremistische Utopien immunisieren. Es hängt viel davon ab, ob und wie Politiker es verstehen, ihr Handeln verständlich zu machen und die Bürger einzubeziehen. Aber die politischen Stiftungen können und müssen einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Sie tun es auch. Sie haben es getan. Und sie leisten weiter einen wichtigen Beitrag dazu, dass unsere Demokratie lebendig und wehrhaft bleibt. Lebendig und wehrhaft – im Streit und im Zusammenhalt.

Wenn ihnen das auch in Zukunft gelingt, dann trifft weiterhin zu, was der Verfassungsrechtler Josef Isensee 1984 in seiner Stellungnahme zum damaligen Organstreitverfahren so treffend umschrieben hat: „So werden die politischen Stiftungen auch weiterhin den intellektuellen Boden unseres demokratischen Gemeinwesens bereiten.“ Und dass sie das tun, darauf sind wir alle angewiesen.

DER AUTOR

Wolfgang Schäuble wurde am 18. September 1942 in Freiburg geboren. Er studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und promovierte 1971 zum Dr. jur.

Seit 1972 ist Schäuble Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1981 bis 1984 als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Anschließend war er Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, bevor er von 1989 bis 1991 Bundesminister des Innern wurde. Seit 1989 ist Schäuble Mitglied im Bundesvorstand der CDU.

Von 1991 bis 2000 war er Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ab 1998 zudem Bundesvorsitzender der CDU. Seither ist er Mitglied im Präsidium der CDU Deutschlands.

Ab 2002 war Schäuble Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, bevor er 2005 erneut zum Bundesminister des Innern ernannt wurde.